

Störung im Garten

Klaus Nolde gehört zu Bergbaugeschädigten, die sich nicht mit der RAG einigen können

DORSTEN. Wenn Klaus Nolde (54) über seinem Rasen ein Seil spannt, wird die Mulde im Garten deutlich sichtbar. 45 Zentimeter – der Zollstock lügt nicht – beträgt der Höhenunterschied. „Das ist eine durch den Bergbau verursachte Störungszone“, sagt der Hausbesitzer aus Dorsten-Altendorf. Seit Jahren streitet er mit der RAG über die Richtigkeit dieser Aussage.

Die Senke im Garten – die ließe sich doch auch einfach mit Mutterboden auffüllen und neu begrünen. Und schon wäre von ihr nichts mehr zu erkennen. „Nein“, sagt Klaus Nolde. „Ich will erreichen, dass die RAG die Störungszone anerkennt.“

Erdstufen, wie sie der Dorstener auf seinem Anwesen vermutet, entstehen durch den untertägigen Kohleabbau. Seit Monaten sind sie in der Diskussion. Unter anderem, weil Kritiker der RAG vorwerfen, diese an der Oberfläche auftretenden Störungen nicht ordnungsgemäß in ihren Kartenwerken zu dokumentieren (was die RAG vehement zurückweist). Oder weil befürchtet wird, dass Erdstufen wieder aktiv werden, wenn nach der Stilllegung der letzten Bergwerke das Grubenwasser ansteigt und von unten drückt. Dagegen möchte sich Klaus Nolde absichern.

Unter seinem 6000 Quadratmeter großen Grundstück im Dorstener Stadtteil Altendorf hat bis 2008 das Bergwerk Lippe Kohle abgebaut. Schäden an dem 1990 erbauten Haus sowie eine Schiefelage des Gebäudes hat die RAG als Bergbau-Einwirkung anerkannt. Doch von der Existenz einer Störungszone will das Unternehmen nichts wissen.

2007 registrierte Klaus Nolde zum ersten Mal eine trichterförmige Absenkung auf sei-



Mit Seil und Zollstock weist Klaus Nolde das Ausmaß der Senkungen auf seinem Grundstück nach.

Foto Torsten Janfeld

nem Grundstück. „Bei Regen zeigte sich anfangs eine Pfütze, heute ist es ein See, der sich quer durchs Gelände zieht“, berichtet der 54-Jährige. 2008 gab Nolde selbst ein geologisches Gutachten in Auftrag. Ein staatlich geprüfter Geologe ermittelte gleich drei Störungszone auf dem Anwesen. Eine verlief sogar direkt unter einer Werkstatt, die der Dorstener auf seinem Grundstück hatte errichten lassen. Nach einer Ortsbesichtigung kamen RAG und Bezirksregierung Arnsberg jedoch zu dem Ergebnis, „dass es sich bei den

vorgezeigten Unregelmäßigkeiten nicht um Unstetigkeiten handelt“.

Stefan Hager, zuständiger Bereichsleiter der RAG Deutsche Steinkohle, erläutert im Gespräch mit unserer Zeitung den Grund: „Erdstufen sind nicht muldenförmig.“ Wo Erdstufen auftreten, reiße die Oberfläche regelrecht ab.

Hoher Betrag für Gutachten

Die Ergebnisse des geologischen Gutachtens, das der Dorstener in Auftrag gegeben hat, zweifelt die RAG deshalb an. Klaus Nolde liegt nicht nur wegen der umstrittenen Störungszone mit der RAG im Clinch. Auch bei den Gebäudeschäden (u. a. Risse im Mauerwerk, Wegbrechen der Terrasse) sind sich der Dorstener und das Unternehmen teilweise uneinig darüber, was ein Bergschaden ist und was nicht. Schriftwechsel und diverse Gutachten füllen bereits sieben Aktenordner. Einen fünfstelligen Betrag habe er für Sachverständige und Anwälte ausgegeben, berichtet der

54-Jährige. Auch dieses Geld möchte Klaus Nolde von der RAG erstattet bekommen. Das Unternehmen verweigert bislang die Zahlung.

Nolde gehört zu den 0,5 Prozent der Bergschadensbetroffenen, die sich mit der RAG nicht „einvernehmlich“ einigen. Doch diese Statistik gibt nach Einschätzung des Dorstener das wahre Stimmungsbild nicht wieder. „Sich mit der RAG anzulegen, kostet Zeit, Geld und Nerven“, sagt er. Viele gäben sich deshalb mit dem zufrieden, was das Bergbau-Unternehmen an Entschädigung anbiete. Nolde hat es nicht getan. Er will nicht einsehen, „dass der Schädiger bestimmt, was wann wie gemacht wird“. Er will, dass im und rund um sein Haus alles wieder so hergestellt wird, wie es vorher war. Egal, was es kostet. Eine gütliche Einigung scheint ausgeschlossen. Deshalb werden sich beide Parteien demnächst vor der Schlichtungsstelle für Bergschäden beim Regionalverband Ruhr (RVR) in Essen wiedersehen.

Michael Wallkötter

„Bergruhe“ nach fünf Jahren

Der RAG werden jährlich 35000 Bergschadensfälle gemeldet. Davon landen rund 120 Streitigkeiten vor der Schlichtungsstelle für Bergschäden beim Regionalverband Ruhr (RVR), weniger als 20 werden vor Gericht entschieden.

300 Mio. Euro wendet die RAG jährlich für die Beseitigung von Bergschäden auf. In neun von zehn Fällen reichen nach Unternehmensangaben bis zu 5000 Euro, um den Schaden zu beheben.

60 Prozent der Schadensmeldungen fallen in Gebieten an, in denen keine Kohle mehr gewonnen wird. 40 Prozent stammen aus aktiven Förderregionen.

Nach den Erfahrungen der RAG treten fünf Jahre nach der Stilllegung von Bergwerken keine Bodenbewegungen mehr in den Abbaugebieten auf. Der Fachmann spricht dann von „Bergruhe“.